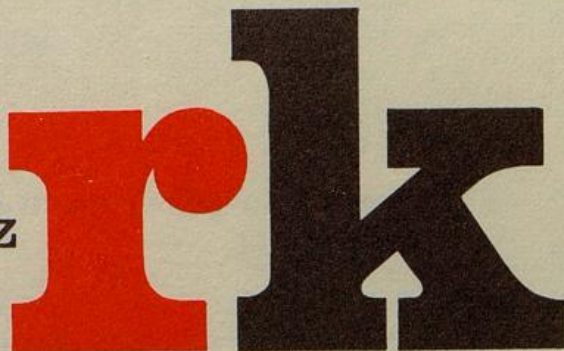


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

gegründet 1861

Donnerstag, 14. Oktober 1982

Blatt 2955

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Hatzl: Stadterneuerung ist ein Schwerpunkt der
Kommunalpolitik

Kommunal:
(rosa)

Wohnen über den Dächern Wiens
Ankerbrotförderung mit den Stimmen der SPÖ
angenommen
FPö: Baufirmen der Stadt Wien sollen reprivatisiert
werden
Wiener Lehrplatzförderung auf 1.500 Lehrplätze
aufgestockt
ÖVP: Gegen Wettbewerbsverzerrung
Wie das Wiener Budget entsteht
Dürnröhr: Berufung durch die Stadt Wien
Enquete: Bessere Integration der
Gastarbeiterfamilien
Enquete über außerschulische Erziehung

Politik:
(rosa)

Vor 50 Jahren: Sturm auf Simmeringer Arbeiterheim

Lokal:
(orange)

Investieren in Wien lohnt sich

Nur
über FS:

13.10. Dürnröhr-Entscheidung fällt Donnerstag
Verpackungsmaterial brannte
14.10. 8.000 Liter Heizöl in Liesingtal-Sammelkanal

.....
Bereits am 13. Oktober 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Hatzl: Stadterneuerung ist ein Schwerpunkt der Kommunalpolitik
=++++

15 Wien, 13.10. (RK-POLITIK) "Da jährlich erwiesenermaßen 12 Milliarden Schilling für die Stadterneuerung in Wien ausgegeben werden, könne man mit ruhigem Gewissen behaupten, daß Stadterneuerung schon längst ein Schwerpunkt der Kommunalpolitik ist", konterte Wohnbaustadtrat Johann HATZL die Vorwürfe von Vizebürgermeister Dr. Busek, daß für die Stadterneuerung in Wien zu wenig getan werde. "Jeder der mit offenen Augen durch Wien geht und diese nicht aus politischen Gründen verschließt, könne sehen, wieviel im Rahmen der Stadterneuerung in der Bundeshauptstadt geschieht", sagte Hatzl. Es sei allerdings höchst makaber von Busek, das moderne Wien mit der bombenzerstörten Großstadt nach dem Zweiten Weltkrieg zu vergleichen und die Stadterneuerung der Arbeit des Wiederaufbaus gegenüberzustellen.

Die Stadt Wien geht bei der Stadterneuerung mit gutem Beispiel voran, indem sie ihre kommunalen Anlagen in großem Umfang renoviert. Allein im heurigen Jahr werden für Renovierungsarbeiten rund 2,5 Milliarden Schilling ausgegeben. Für Hausbesitzer wurde im Rahmen der Althausmilliarde Anreize für die Stadterneuerung geschaffen, die jedoch leider nicht genützt werden. Wenn private Hausbesitzer die öffentlichen Mittel und die staatlichen Anreize zur Verbesserung der Althaussubstanz nicht nützen, so könne man daraus dem Land Wien keinen Vorwurf machen.

Er könne die Ansicht der ÖVP, auf den Neubau zu verzichten keineswegs teilen, meinte Hatzl. Der Neubau von Wohnungen sei eine der wichtigsten Maßnahmen zur Stadterneuerung, da durch Abbruch von alten Häusern und durch Wohnungszusammenlegungen immer mehr Wohnungen verlorengehen. (Schluß) ba/bs

NNNN

Investieren in Wien lohnt sich

Utl.: 25 Prozent als Zuschuß für Kleinbetriebe

=++++

2 #Wien, 14.10. (RK-LOKAL/WIRTSCHAFT) Unter dem Titel "Wer jetzt in Wien investiert, sichert sich viele Vorteile" wirbt der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds mit einem neuen Prospekt für Investitionen in Wien. Der in einer Auflage von 50.000 Stück gedruckte Prospekt wird als Direktinformation sämtlichen Wiener Wirtschaftstreibenden zugeschickt. #

In Wien ist es möglich, sich 25 Prozent der Investition als Förderung schenken zu lassen. Dazu ein Beispiel aus der Praxis: ein Lebensmittelhändler, der sein Geschäft um 800.000 Schilling adaptiert, kann Gesamtzuschüsse von 205.000 Schilling erhalten. Er nimmt dabei einen Bürges-Kleingewerbekredit, die Sonderbonifikation durch die Bürges, die Kleinbetriebe-Investitionsförderung, den Kleinbetriebe-Nahversorgungszuschuß und die staatliche Investitionsförderung in Anspruch.

Alle Fragen einer Investition in Wien können gebündelt beim Wiener Wirtschaftsförderungsfonds gelöst werden. Dort steht ein Spezialistenteam zur Verfügung, das den "Sesam-öffne-Dich" für alle Investitionsprobleme spielt. Egal, ob es sich jetzt handelt um

- o die Suche nach einem geeigneten Grundstück,
- o die Verlegung des Betriebes an einen anderen Standort,
- o die Beschaffung erforderlicher Lokale,
- o die optimale Finanzierung,
- o die maximale Förderung,
- o die Lösung behördlicher Probleme (Baupolizei, Gewerberecht etc.)
- o die Gründung eines neuen Betriebes,
- o die Erweiterung eines bestehenden Unternehmens,
- o den Einstieg in die Selbständigkeit überhaupt.

Die Adresse des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds: 1082 Wien, Ebendorferstraße 2, Tel. 48 33 46. (Schluß) sei/bs

Vor 50 Jahren: Sturm aufs Simmeringer Arbeiterheim (1)

=++++

4 Wien, 14.10. (RK-POLITIK) Vor 50 Jahren erreichten die Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten in Wien einen Höhepunkt. Am 16. Oktober 1932 unternahm Nationalsozialisten einen Sturm auf das Simmeringer Arbeiterheim in der Drischützgasse 4, den Sitz des Bezirkssekretariats der sozialdemokratischen Partei. Das traurige Ergebnis: Vier Tote, 27 Schwerverletzte, 67 Verhaftete.

"Wien aktuell-Wochenblatt" erinnert in seiner jüngsten Ausgabe an diese Geschehnisse. Im Herbst 1932 kam es immer häufiger zu Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Am 30. September wurde das sozialdemokratische Verbandsheim in der Königseggasse angegriffen, es fielen Schüsse, mehr als 20 Personen wurden verletzt. Für die Zeit von 3. bis 5. Oktober meldet die Polizei 131 Verletzte, davon 17 Polizisten, und 321 Verhaftete, davon 189 Sozialdemokraten, 74 Nazis und 58 Kommunisten.

Am 16. Oktober machten die Nazis einen Propagandaaufmarsch durch Simmering mit einer abschließenden Kundgebung im Simmeringer Brauhaus. Von dort zog eine Gruppe zum Arbeiterheim in der Drischützgasse. Sie schossen auf das Heim und versuchten, einzudringen. Schutzbündler erwiderten das Feuer. Zwei Nationalsozialisten und der Polizei-Rayonsinspektor Karl Tlasek wurden tödlich getroffen. Eine unbeteiligte Passantin, die Hausfrau Therese Scheerbaum, erlitt einen Bauchschuß; sie starb am 30. Dezember im Wiedner Krankenhaus.

Die Polizei räumte zuerst die Gasse und verhaftete dabei 37 Nazis. Dann besetzte sie das Arbeiterheim und verhaftete die anwesenden 30 Schutzbündler. Die Polizei blieb drei Tage lang im Arbeiterheim, durchsuchte es vom Keller bis zum Boden nach Waffen und zertrümmerte dabei die Einrichtung. (Forts.) sti/gg

Vor 50 Jahren: Sturm aufs Simmeringer Arbeiterheim (2)

=++++

5 Wien, 14.10. (RK-POLITIK) Die angreifenden Nationalsozialisten kamen mit kleinen Polizeistrafen davon, weil angeblich keinem persönlich nachgewiesen werden konnte, daß er geschossen hatte. Für die Schutzbündler gab es neben Polizeistrafen auch ein Gerichtsverfahren. Sechzehn von ihnen blieben neun Monate lang in Untersuchungshaft, wurden in erster Instanz freigesprochen, nach Aufhebung dieses Urteils durch den Obersten Gerichtshof wurden fünf von ihnen zu Kerkerstrafen von 7 bis 9 Monaten verurteilt, die durch die Untersuchungshaft verbüßt waren. Die elf anderen wurden neuerlich freigesprochen. Einer der Verurteilten, Emil Fajfrzik, der bei dem Nazi-Überfall schwer verletzt worden war, starb im September 1937, erst 34 Jahre alt, an den Spätfolgen dieser Verletzung.
(Schluß) sti/gg

NNNN

Wohnen über den Dächern Wiens

Utl.: Dachbodenausbau wird weiter forciert

=++++

6 #Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Auf Antrag von Wohnbaustadtrat Johann HATZL genehmigte die Wiener Landesregierung kürzlich 3,6 Millionen Schilling zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke. Gleichzeitig wurden auch Wohnbauförderungsmittel in der Höhe von 61 Millionen für den Neubau von 74 Wohnungen sowie 13,6 Millionen für die Renovierung von 12 Wohnhäusern aus der "Althausmilliarde" bewilligt.#

Mit dem Zuschuß zur Dachbodenaktion können 11 Wohnungen in Dachböden ausgebaut werden. Diese Förderungsaktion ist ein wichtiger Beitrag zur Belegung des Stadtgebietes und soll die Wünsche jener Menschen erleichtern, die sich im innerstädtischen oder im dicht bebautem Stadtbereich neuen Wohnraum schaffen wollen.

Die Finanzierung des Dachbodenausbaus erfolgt nach folgendem Schlüssel: 30 Prozent der Baukosten müssen als Eigenmittel aufgebracht werden, 20 Prozent werden von der Stadt Wien als nicht rückzahlbares Darlehen zugesprochen und 50 Prozent sind als Bankkredit aufzunehmen. Für diesen Kredit übernimmt die Stadt Wien die Bürgschaft. Auskünfte über die Dachbodenaktion gibt die Magistratsabteilung 50, Wohnbauförderungsreferat, 1., Rathausstraße 2 (Montag bis Freitag von 8 bis 13 Uhr). (Schluß)

ba/bs

NNNN

Ankerbrotförderung mit den Stimmen der SPÖ angenommen (1)

=++++

8 #Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß Donnerstag mit den Stimmen der SPÖ ein zinsenloses Darlehen von 20 Millionen Schilling für die Ankerbrotwerke. Ein gleich hohes Darlehen wird der Bund gewähren, sodaß Ankerbrot für geplante Investitionen von 180 Millionen Darlehen von 40 Millionen erhalten wird.#

In der Debatte betonte Stadtrat Mayr (SPÖ), er bedaure den schlechten Informationsstand der ÖVP. Klein- und Mittelbetriebe können in Wien über den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds als Servicestelle bis zu 25 Prozent der Investitionskosten an Zuschüssen erhalten. Mayr führte als Beispiel aus der Praxis einen Lebensmittelhändler an, der sein Geschäft mit 800.000 Schilling adaptiert und dafür Zuschüsse von 205.000 Schilling erhält. Gerade um die Klein- und Mittelbetriebe zu schützen, besteht in Wien die Regelung, daß bei den vielen Aktionen der Stadt pro Fall die Förderung maximal 10 Millionen ausmachen darf, damit nicht ein Großbetrieb am Anfang des Jahres herkommt und den Topf des ganzen Jahres auf einmal ausräumt. Die Förderung von Großbetrieben wird im Gegensatz dazu in Wien einzeln und außerhalb der anderen Aktionen behandelt und daher auch einzeln in den zuständigen Ausschüssen und im Wiener Gemeinderat beraten und beschlossen.

Mayr bestätigte, daß sich die Branche der Bäcker insgesamt in einer schwierigen Lage befindet. Allerdings auch deshalb, weil der Anteil der importierten Waren mit über 20 Prozent sehr hoch sei. Ankerbrot versucht gerade auf dem Gebiet der Dauerbackwaren und der Schnittbrote der ausländischen Konkurrenz Paroli zu bieten, und gäbe es Ankerbrot nicht, müßte man sich überlegen, hier eine neue inländische Produktion aufzuziehen. (Forts.) sei/gg

NNNN

Ankerbrotförderung mit den Stimmen der SPÖ angenommen (2)

Utl.: ÖVP kritisiert Wettbewerbsverzerrung

=++++

9 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Stadtrat MAYR (SPÖ) erklärte weiter, Ankerbrot beschäftigt mehr als 1.800 Menschen. Nach Aussage des Wiener Handelskammerpräsidenten könnten die Wiener Bäcker bloß 400 dieser Beschäftigten übernehmen. Ankerbrot hat heuer zusätzlich 88 Lehrlinge aufgenommen und dafür bloß 10 Lehrplätze aus der Wiener Lehrplatzförderung gefördert bekommen. Dies deshalb, weil man mit dieser Aktion ebenfalls die Wiener Klein- und Mittelbetriebe besonders fördern wollte und daher für Betriebe ab einer gewissen Größenordnung einen Riegel vorschob. Allein bei der Lehrplatzförderung wurde Anker um rund eine Million "benachteiligt". Im Gegensatz dazu betragen die Kosten für die Ankerbrotförderung rund 2 Millionen Schilling im Jahr.

GR. Dkfm. Dr. Heinz WÖBER (ÖVP) kritisierte für seine Fraktion die Verzerrung des Wettbewerbs, die durch diese Förderung ausgelöst wird. Es wäre überhaupt wünschenswert, die Förderung von Großbetrieben ähnlich zu betreiben wie die von Klein- und Mittelbetrieben. Es müßten auch für Großbetriebe Aktionen mit genauen Förderungsrichtlinien und Bestimmungen geschaffen werden, die dann von allen Betrieben, wenn die Voraussetzungen erfüllt werden, in Anspruch genommen werden können. Punktuelle Maßnahmen ohne Richtlinien sind abzulehnen. (Schluß) sei/gg

NNNN

FPÖ: Baufirmen der Stadt Wien sollen reprivatisiert werden

=++++

10 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Eine Umwandlung der im Besitz der Gemeinde Wien befindlichen Baubetrieb in private Unternehmen forderte FPÖ-Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ am Donnerstag bei einem Pressegespräch zum Thema Wohnbaupolitik. "Die Holding hat ihre Baugesellschaften abzustoßen und als Aktienpaket den Wiener Bürgern anzubieten", erklärte Pawkowicz. Der freiheitliche Gemeinderat vermutet, daß im Jänner 1983 voraussichtlich jeder dritte Arbeiter in der Bauwirtschaft beschäftigungslos sein wird. Zurückzuführen sei diese Situation auf das Fehlen einer länger- und mittelfristigen Planung und auf eine Konjunktursteuerung, die sich vor allem für private Baufirmen nachteilig auswirkt. Da die im Besitz der Gemeinde Wien befindlichen Baufirmen ein Einstiegsrecht bei allen Bauvergaben der Gemeinde Wien haben, wird der Wettbewerb verzerrt und die freie Marktwirtschaft geschädigt.

Der FPÖ-Gemeinderat Friedrich KUCHAR kritisierte vor allem das neue Mietrechtsgesetz, das zu einer totalen Verunsicherung auf dem Wohnungsmarkt geführt hat. Auch die Althausmilliarde und das Startwohnungsgesetz haben sich als Schlag ins Wasser erwiesen.

Kuchar forderte daher:

- o die Schaffung eines marktkonformen Mietrechts,
- o die Einführung einer allgemeinen Wohnbeihilfe,
- o die Neugestaltung der Wohnbauförderung durch eine Umwandlung der bisherigen Objekt- in eine Subjektförderung und Gleichstellung privater und gemeinnütziger Bauträger.

GR. Dr. Erwin HIRNSCHALL stellte den neuen Klubsekretär der Wiener FPÖ, Dr. Karl GLAUBAUF, vor. (Schluß) ba/bs

NNNN

Wiener Lehrplatzförderung auf 1.500 Lehrplätze aufgestockt

=++++

11 #Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß Donnerstag einstimmig, die Wiener Lehrplatzförderung von 1.000 zusätzlichen Lehrplätzen auf 1.500 aufzustocken. Finanzstadtrat Hans MAYR (SPÖ) betonte dazu, daß derzeit über 1.400 Anträge vorliegen.#

Es zeigt sich, daß durch diese Aktion auch viele Lehrlinge aus dem Wiener Umland in Wien eine Arbeit finden. Das ist zu begrüßen, weil Wien an einer Zuwanderung stark interessiert ist. Die Kosten der Stadt Wien für diese Aktion erhöhen sich durch die Aufstockung von sechs Millionen Schilling auf neun Millionen. (Schluß) sei/bs

NNNN

ÖVP: Gegen Wettbewerbsverzerrung

=++++

12 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) In einer gemeinsam veranstalteten Pressekonferenz wandten sich Donnerstag Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und der Präsident der Wiener Handelskammer, Ing. Karl DITTRICH, gegen eine Konkurrenzverzerrung durch die Vergabe von Subventionen an die Ankerbrotfabrik. Statt dem Bäcker- und Konditorgewerbe, das in Wien 5.200 Arbeitskräfte beschäftigt und traditionell zu den klassischen Klein- und Mittelbetrieben zählt, durch gezielte Maßnahmen, wie etwa im Fremdenverkehr, zu helfen, verwenden Bund und Land Wien Steuergelder zur Sanierung eines Betriebes, sagte Dittrich. Ankerbrot gibt den Investitionsbedarf mit 180 Millionen S an. Es ist daher zu befürchten, daß noch weitere Investitionsansuchen folgen werden.

Dazu Busek: Die der Firma Anker zugesicherten 40 Millionen scheinen außerdem weniger der Rationalisierung und Modernisierung des Betriebes, als für aufwendige Werbekampagnen zu dienen. Es besteht die Gefahr, daß Ankerbrot zu einem Dauersubventionsfall der österreichischen Wirtschaft wird. Eine Wettbewerbsverzerrung auf Kosten steuerzahlender Klein- und Mittelbetriebe könnte hingegen die Nahversorgung mit täglichem Brot gefährden. (Schluß) cy/gg

NNNN

Wie das Wiener Budget entsteht (1)

=++++

13 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Auch heuer werden die Nächte im Wiener Rathaus ab 6. Dezember recht kurz werden: Da wird das Budget für 1983 im Gemeinderat diskutiert. Nur wenige aber wissen, wie so ein Budget genau aussieht und wieviel Organisation bereits vor der Diskussion im Gemeinderat nötig ist.

Zehn Aufgabengruppen umfaßt das Budget, die sich nicht mit den Geschäftsgruppen decken, sondern nach funktionellen Gesichtspunkten festgelegt sind: Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung/ öffentliche Ordnung und Sicherheit/Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft/Kunst, Kultur und Kultus/Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung/Gesundheit/Straßen- und Wasserbau, Verkehr/ Wirtschaftsförderung/Dienstleistungen sowie Finanzwirtschaft.

Beschlossen wird das Budget vom Gemeinderat, vorlegen muß es der amtsführende Stadtrat für Finanzen, bereits geordnet nach Verwaltungsgruppen und mindestens sechs Wochen vor Beginn des Verwaltungsjahres. Vorerst wird der Entwurf aber nur dem Finanzausschuß und dem Stadtsenat vorgelegt. Neben den Teilveranschlagungsentwürfen müssen dabei noch ein Wirtschaftsbericht und die Erläuterungen vorgelegt werden, daneben aber auch Personalstand und Personalaufwand, ein Systemisierungsplan der Dienstfahrzeuge, Nachweise über Kredite, Investitionen und Rücklagen sowie der Schuldenstand per 31. Dezember. (Forts.) r6/gg

NNNN

Wie das Wiener Budget entsteht (2)

=++++

14 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Ist das Rohbudget beisammen, beginnt sozusagen das "Feilschen". In Besprechungen mit den Ressortstadträten und Dienststellenleitern folgen die sogenannten "Budgetperlustrierungen". Dabei müssen die verschiedenen für das kommende Jahr gewünschten Beträge aufeinander abgestimmt und die Gesamtausgaben mit den voraussichtlichen Einnahmen in Einklang gebracht werden. Im Fachausdruck die sogenannte "Herstellung eines Ausgleiches".

Wobei noch unterschieden werden muß zwischen der Budgetperlustrierung auf Beamtenebene (den Gesprächen zwischen der Finanzverwaltung und den Dienststellenleitern) und der Budgetperlustrierung auf Stadtratsebene (den Gesprächen zwischen dem Finanzstadtrat und den übrigen Ressortstadträten).

Nach der Vorbereitung in der gemeinsamen Sitzung des Stadtsenates und des Finanzausschusses ist das Budget vor der Beratung durch den Gemeinderat eine Woche lang zur öffentlichen Einsicht aufzulegen ("Öffentlichkeitsprinzip").

Sollte einmal, aus welchen Gründen auch immer, die Beschlußfassung nicht rechtzeitig zustandekommen, kann der Gemeinderat ein "Budgetprovisorium" beschließen. Dann dürfen allerdings nur laufende Ausgaben geleistet werden und auch diese nur soweit, als sie bei sparsamster Verwaltung unbedingt notwendig sind.
(Schluß) rö/gg

NNNN

Dürnrohr: Berufung durch die Stadt Wien (1)

=++++

15 #Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien hat vorsorglich Berufung gegen den Bescheid zur Errichtung des Kraftwerkes Dürnrohr in Niederösterreich eingelegt. Bürgermeister Leopold GRATZ hat jedoch angekündigt, daß er bei "neuen Gegebenheiten" nicht zögern werde, die Berufung zurückzuziehen. Dies geht aus einem Schreiben des Wiener Bürgermeisters an die Verbundgesellschaft und an die NEWAG hervor.# (Forts.) pr/gg

Dürnrohr: Berufung durch die Stadt Wien (2)

=++++

16 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Das Schreiben von Bürgermeister Gratz hat folgenden Wortlaut:

"Ich bestätige dankend den Erhalt Ihres Schreibens vom 10. September 1982, in dem Sie schriftlich Ihre Zusagen bezüglich die Ausgestaltung des Kraftwerkes Dürnrohr bekanntgeben. Bezugnehmend auf dieses Schreiben, auf die Aussprache zwischen Ihren Vertretern und der Stadt Wien am 8. September 1982, auf das Telefonat zwischen Ihrem Direktor Dr. Wagner und dem Leiter der Magistratsabteilung 22 am 20. September 1982 sowie auf den mittlerweile uns übermittelten Bescheid, gestatte ich mir festzuhalten:

1. Sie haben der Stadt Wien erfreulicherweise zugesichert, daß sie Einsicht in das Emissionsnetz erhält und nach ihren Bedürfnissen die Meßwerte überprüfen kann. Zusammen mit den Werten der Station Exlberg ergibt sich dadurch für die Stadt Wien die Möglichkeit, Sie auf mögliche Gefährdungen des Wiener Stadtgebietes aufmerksam zu machen, was zu einer Umstellung des Kraftwerkes auf Gasbetrieb für den Zeitraum dieser Gefährdung führen könnte.

Im Bescheid Punkt 9 ist allerdings nun lediglich das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung und die Niederösterreichische Umweltschutzanstalt als Berechtigter zur Einsichtnahme in die Aufzeichnung der Meßanlagen angeführt. Im Punkt 13 sind gleichfalls wieder nur die Niederösterreichische Umweltdienststellen genannt. Da im Bescheid die Berechtigten für die Einsicht angeführt sind, müßte unser Ansicht nach auch die Stadt Wien hiebei genannt werden.

(Forts.) red/gg

Dürnrrohr: Berufung durch die Stadt Wien (3)

=++++

17 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL)

2. Im Gespräch und Ihrem Schreiben haben Sie darauf hingewiesen, daß in Übereinstimmung mit der Behördenaufgabe zugesichert wird, daß von Anfang an (also ohne die weiteren Entschwefelungsmaßnahmen, die in den Folgejahren gesetzt werden sollen) die maximale Gesamtemission 1840 kg SO₂/h unabhängig von der Kohlensorte betragen wird. Im Bescheid ist nun zwar gleichfalls die Mengenangabe von 1840 kg/h bei einer Rauchgastemperatur am Schornsteinaustritt von 80 Grad Celsius genannt, was jedoch bedeutet, daß die maximale Emission (bei einer Rauchgastemperatur von 125 Grad C) 2100 kg/h betragen würde.

3. Sie haben uns im Gespräch zugesichert, daß nach voller Betriebsaufnahme des Kraftwerkes Dürnrrohr das Kraftwerk Korneuburg 1 in die stehende Reserve übernommen wird, was zu einer Herabsetzung der SO₂-Emissionen führt. In Ihrem Schreiben führen Sie nunmehr als Voraussetzung für diese Maßnahme die termingemäße Realisierungsmöglichkeit des Ausbauprogrammes an, ohne im genaueren auszuführen, was Sie darunter verstehen. Das könnte, falls Sie damit nicht bloß das Ausbauprogramm für Dürnrrohr meinen, sondern das von NEWAG und Verbund insgesamt, bedeuten, daß zum Beispiel eine Verzögerung beim Kraftwerk Hainburg auch die Übernahme von Korneuburg 1 in die Reserve hinauszögern würde. (Forts.) red/fe

NNNN

Dürnröhr: Berufung durch die Stadt Wien (4)

=++++

18 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL)

4. Im Gespräch und in Ihrem Schreiben haben Sie uns zugesichert, daß sofort nach industrieller Betriebsaufnahme die Erprobung der Rauchgasentschwefelungsanlage mit 80 %iger Rauchgaserfassung und der wegen der Immissionsmechanik notwendigen Teilwiederaufheizung der zu entschwefelnden Rauchgase mit einem Wärmetauscher aufgenommen wird. Damit sollen für allfällige weitere immissionsmildernde Maßnahmen zur Erweiterung der Rauchgasentschwefelung auf 100 %ige Erfassung die notwendigen Erfahrungen gesammelt und die österreichische Industrie in die Lage versetzt werden, auch dauernd funktionstüchtige Entschwefelung mit hohem Entschwefelungsgrad zu garantieren. Unsere Rückfragen im Ausland und bei einschlägigen Agenturen haben bei uns nun Zweifel an der technischen Möglichkeit dieser Absicht aufkommen lassen. Es ist zwar erwiesen, daß mit dem "Bergbauforschungsverfahren" eine 100 %ige Erfassung der Rauchgase und ein Entschwefelungsgrad von 80 % möglich ist, während es beim "Niroverfahren" aus verfahrenstechnischen Gründen laut unserer Auskünfte ausgeschlossen erscheint. Da wir möglicherweise hier aber nicht über jene Informationen verfügen, die Ihnen vorliegen, würden wir Sie darum bitten, uns eine technische Beschreibung zur Möglichkeit, wie Sie sie sehen, zu übermitteln. Zur Verwirklichung dieser Absicht ihrerseits werden auch sicherlich Baumaßnahmen notwendig sein, auf die wir in dem uns übermittelten Bescheid keinerlei Hinweise finden. (Forts.) red/bs

NNNN

Dürrrohr: Berufung durch die Stadt Wien (5)

=++++

19 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL)

5. Die Gesamtemission von 1.840 kg/SO₂/h entspricht einer SO₂-Emissionskonzentration von 844 mg/m³ Rauchgas. Bei einer 80prozentigen Rauchgaserfassung könnte es zu einer maximalen Emissionskonzentration von 655 mg/m³ Rauchgas kommen und erst bei einer 100prozentigen Erfassung der Rauchgase wäre eine maximale Emissionskonzentration von 400 mg SO₂/m³ Rauchgas möglich.

Die SO₂-Emissionskonzentration von 844 mg/m³ Rauchgas entspricht dem vorgesehenen Höchstwert der Verordnung zum Dampfkesselmissionsgesetz. Gegen diesen Grenzwert haben nun kürzlich die ÖVP-Abgeordneten Heinzinger und Dipl.-Ing. Riegler in einer Anfrage (II-4397 der Beilage zu den stenographischen Protokollen 11.10.1982) Einspruch erhoben. Die Abgeordneten meinen, daß durch die Festlegung solcher Grenzwerte gegen das Dampfkesselmissionsgesetz selbst verstoßen wird, da diese Emissionsgrenzwerte weit über dem Stand der Technik liegen, und des weiteren auch gegen die Konvention der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) vom November 1979 verstoßen wird. (Österreich hat sich damit unter anderem zur Ausrüstung seiner Anlagen nach dem Internationalen Stand der Technik verpflichtet, SO₂-Emissionswerte über den landeseinheitlichen Grenzwert eines anderen ECE-Konventionsmitgliedsstaates sind daher unzulässig.)

In der Begründung der Anfrage heißt es wörtlich: 'Für Brennstoffwärmeleistungen (BWL) über 600 MW soll der Grenzwert für Schwefeldioxyd (SO₂)-Emissionen in Österreich 850 mg SO₂/m³ betragen, während er für mit Braunkohle befeuerte Anlagen bei 1.100 mg SO₂/m³ liegen soll. In Sonderfällen soll es sogar möglich sein, den Grenzwert auf 1.650 mg SO₂/m³ hinaufzusetzen. Demgegenüber hat am 1.9.1982 die Bundesrepublik Deutschland einen Emissionsgrenzwert für SO₂ vom 400 mg/m³ als Stand der Technik (SDT) anerkannt. (Forts.)
red/gg

NNNN

Dürrrohr: Berufung durch die Stadt Wien (6)

=++++

20 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL)

Der SO₂-Emissions-Grenzwert soll danach 'i n d e r R e g e l' 400 mg SO₂/m³ für BWL über 175 MW betragen (siehe etwa 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' vom 2. 9. 1982 auf den Seiten 1 und 2). Soweit in Ausnahmefällen ein höherer Wert notwendig sei, darf er 650 mg SO₂/m³ nicht überschreiten. Auf diesen Wert von 650 mg/m³ hat man sich in einer Konferenz der Umweltminister am 10. 2. 1980 geeinigt, (BMI - Umwelt Nr. 75), und alle seit 10. 2. 1980 genehmigten Kraftwerksanlagen weisen Emissionswerte unter bzw. bei 650 mg/m³ auf (Brennstoff-Wärme-Kraft 33, Nr. 4, S. 174, 1981). Der Grenzwert von 650 mg SO₂/m³ wurde unter dem Aspekt festgelegt, daß ein Abgasteilstrom entschwefelt wird und das nicht gereinigte Abgas so hinter der Entschwefelungsanlage wieder zugemischt wird, daß dadurch ein Einsatz von Fremdenergie unnötig wird.

Damit werden von der Regierungspartei SO₂-Emissionsgrenzwerte in Österreich vorgesehen, die für BWL zwischen 175 MW und 400 MW um über 170 % über den nach dem internationalen Stande der Technik (SDT) erreichbaren Emissionsgrenzwerten bzw. für BWL über 600 MW über 30 % über dem SDT liegen (für BWL zwischen 400 und 600 MW wurde ein linearer Verlauf der SO₂-Grenzwerte angenommen). Bei Braunkohle-Feuerungen (für BWL über 600 MW) liegt der in Österreich vorgesehene SO₂-Grenzwert um über 65 % über dem SDT. (Forts.) red/fe

NNNN

Dürnrrohr: Berufung durch die Stadt Wien (7)

=++++

21 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL)

Die Abgeordneten bezeichnen eine Obergrenze von 850 mg SO₂/m³ als ungesetzlich und schädlich und verlangen vom Bautenminister, daß auch ein Emissionsgrenzwert für SO₂ von 400 mg/m³ für österreichische Großemittenten verbindlich sein sollte.

Dieser in der Anfrage an den Herrn Bautenminister gewünschte Maximalwert wäre im Falle Dürnrrohr nur bei sofortiger Einführung einer 100 %igen Erfassung der Rauchgase möglich oder bei einer Reduktion der Kohlenmenge und Zuführung von Gas - also einer stündlichen SO₂-Emission von höchstens 750 bis 800 kg. Ich möchte Sie deshalb dringend ersuchen, zu prüfen, ob dieser Grenzwert von 400 mg/m³ Rauchgas nicht dadurch erreicht werden könnte, daß in Dürnrrohr eine ähnliche Vorgangsweise wie für Mellach gefunden wird, daß also so lange Erdgas im notwendigen Ausmaß zugefeuert wird, bis durch entsprechende Filteranlagen ein geringerer SO₂-Emissionswert garantiert ist. (Forts.) red/bs

NNNN

Dürnröhr: Berufung durch die Stadt Wien (8)

=++++

22 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL)

6. Zu Ihrem Hinweis, daß in Deutschland zur Zeit die Anlagen erst mit einem Entschwefelungsgrad von 63 Prozent arbeiten, muß festgestellt werden, daß diese Anlagen vor etwa sieben bis fünf Jahren konzipiert wurden, daß aber für künftige Anlagen aufgrund der Erfahrung mit bereits funktionierenden Entschwefelungsverfahren der erwähnte Ministerratsbeschuß in der BRD existiert, nur mehr 400 mg SO₂/m³ Rauchgas zuzulassen - die Hälfte des in Dürnröhr festgelegten Wertes. Wir sehen zwar vollkommen ein, daß seitens Ihrer Gesellschaft Bedenken über die großtechnische Erprobung der Gesamtentschwefelung bestehen. Angesichts des Beschlusses in der Bundesrepublik Deutschland muß diese Gesamtentschwefelung jedoch zumindest von der verfahrenstechnischen Seite her garantiert sein. Es müßte daher einem österreichischen Unternehmen sicherlich möglich sein, in einer Übergangsfrist ebensolche Werte zu erreichen.

7. Wir nehmen sehr gerne Ihre Mitteilung zur Kenntnis, daß eine zusätzliche Immissionsreduktion von 100 kg bis 160 kg SO₂/h dadurch erreicht wird, daß bei der Donau Chemie AG, Pischelsdorf, anstelle von Heizöl-schwer Gas zur Feuerung verwendet wird.

8. Wir freuen uns auch darüber, daß die Anlage Dürnröhr zur Auskoppelung von Fernwärme ausgelegt wird, wodurch es möglich sein könnte, rund 30.000 Wohneinheiten mit Fernwärme zu versorgen. Durch die Umstellung von Einzelfeuerungen westlich Wiens auf Fernwärme in diesem Ausmaß würde sich eine weitere Reduktion der Emissionen ergeben. (Forts.) red/gg

NNNN

Dürnröhr: Berufung durch die Stadt Wien (9)

=++++

23 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL)

9. Wir haben in dem Gespräch mit Ihnen darauf hingewiesen, daß für Wien neben der Frage der Festlegung der Emissionen natürlich die Frage der Immissionen von großer Bedeutung ist. Im Bescheid entsprechen nunmehr die Immissionsgrenzwerte (I.1.) genau den Werten der Zone 2 der Richtlinien der Akademie der Wissenschaften. Die Annahme der Zone 2 wurde jedoch von der Stadt Wien schon in dem Gespräch mit Ihnen wie auch öffentlich als unzumutbar für den Wienerwald und die Vegetation bezeichnet. In den Akademierichtlinien wird von der ÖAW ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Einhalten der Zone 2 nicht ausreicht, um Vegetationsschäden zu verhindern.

Sehr geehrte Herren, ich möchte im Namen der Stadt Wien Ihnen nochmals für die Gespräche und für Ihre schriftlichen Zusagen danken. Die Stadt Wien tritt nicht gegen Kraftwerke auf, weil sie von der Notwendigkeit der Energieversorgung sehr wohl überzeugt ist. Das Bestreben der Stadt Wien ist nur dahin gerichtet, daß Kraftwerke so errichtet werden, daß nach den technischen Möglichkeiten eine geringstmögliche Beeinträchtigung der Umwelt eintritt. Selbstverständlich gilt dies auch für die Kraftwerke, die wir selbst in Wien errichten werden.

Ich bin davon überzeugt, daß sich eine Lösung finden läßt, die die unbestrittenen Notwendigkeiten der Energieversorgungen mit den Anliegen des Umweltschutzes in Einklang bringt. Die Stadt Wien hat vorsorglich Berufung eingelegt. Ich würde mich freuen, wenn durch neue Gegebenheiten diese Berufung unnötig werden könnte und würde gegebenenfalls auch nicht zögern, sie zurückzuziehen". (Schluß)
red/bs

NNNN

Enquete: Bessere Integration der Gastarbeiterfamilien

=++++

24 #Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Gemeinsam mit dem Bezirksjugendreferat des 2. Bezirkes veranstaltete Mittwoch Bezirksvorsteher Rudolf BEDNAR eine Enquete zum Thema Integration der Gastarbeiterfamilien. Die Veranstaltung im "Haus der Begegnung" eröffnete Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER. Kindergärtnerinnen, Direktoren und Lehrer von Pflichtschulen sowie Sozialarbeiter diskutierten über Probleme und Hilfsmöglichkeiten, die die Eingliederung von ausländischen Familien, aber auch von Familien aus den Bundesländern, die nach Wien übersiedelt sind, erleichtern.#

Die sozialen und gesellschaftlichen Probleme jener Familien, die schon seit Jahren in Wien leben, müssen gelöst werden. Dies müsse vor allem im Interesse der Kinder geschehen, forderten die Referenten. In den Kindergärten des 2. Bezirkes sind derzeit 12 Prozent ausländische Kinder. In den Pflichtschulen haben fast 20 Prozent der Kinder Deutsch nicht als Muttersprache. Von Seiten der Stadtverwaltung, aber auch von privaten Vereinen wurden bereits viele Möglichkeiten geschaffen, um die Sprachbarrieren zu überwinden. Das Wiener Jugendamt hat ebenfalls alle bestehenden Einrichtungen auch für Nichtösterreicher geöffnet.

Bei der Enquete wurde die Schaffung von Arbeitsgruppen beschlossen, die akzeptable Integrations-Modelle ausarbeiten sollen. Diesen Arbeitsgruppen werden auch Vertreter der ausländischen Familien angehören. (Schluß) lei/gg

NNNN

Enquete über außerschulische Erziehung (1)
Utl.: Freizeitpädagogik hilft bei Lebensgestaltung

=++++

25 #Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich einer Enquete im Wappensaal des Wiener Rathauses stellte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in einem Pressegespräch fest, daß die Menschen in Zukunft über immer mehr Freizeit verfügen werden. Um die Chancen dieser vermehrten Freizeit auch nützen zu können, kommt der Erziehung zu Kreativität und sozialer Zuwendung eine immer größere Bedeutung zu.

Diese freizeitpädagogische Aufgabe kann die Schule zwar zum Teil übernehmen, wobei hier auch seitens der Lehrer großes Engagement zur einschlägigen Weiterbildung vorhanden ist. Doch auch außerschulische Einrichtungen wie Horte, Landesjugendreferat und Jugendzentren ergänzen hier die Arbeit der Schule.#

Die Möglichkeiten der Horte sollen in Zukunft stärker genutzt werden. Große Bedeutung kommt dem Wiener Ferienspiel zu, dessen kultur-animatorische Wirkung unbestritten ist.

Ziel der Enquete im Wappensaal ist es, Vertreter der verschiedensten an der außerschulischen Erziehung Interessierten zu einem Gedankenaustausch zusammenzubringen. Jugendamt, Landesjugendreferat, Stadtschulrat und Universität entsandten Vertreter und Referenten. (Forts.) emw/gg

NNNN

Enquete über außerschulische Erziehung (2)

=++++

26 #Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Univ.-Prof. Dr. Walter SPIEL warnte vor der Gefahr der Entmündigung durch Überbetreuung seitens der Sozialpädagogik, Sozialmedizin u. ä. Er betonte die Bedeutung der Eigenverantwortlichkeit des Betreuten.

Unvi.-Prof. Dr. Maria HEITGER definierte Betreuung nicht als ein Netz von Bevormundungen, wohl aber als eine individuelle Hilfestellung. Er betonte die Bedeutung des sozialen Lernens, das den jungen Menschen zur friedlichen Konfliktaustragung und zur Toleranz befähigt.

Der Gastreferent aus Wiesbaden, der Soziologe Dr. Albert HAASER, forderte, daß die unmittelbare Umwelt des Wohnortes für Kinder wieder beispielbar gemacht werden müsse. In diesem Zusammenhang wies Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER auf die Chancen hin, die hier durch Wohnstraßen geboten würden.#

Landesschulinspektor Dr. SRETENOVIC betonte, daß die Schule immer mehr für außerschulische Bereiche erziehen müsse, was sich auch in Begriffen wie 'Bildnerische Erziehung', 'Verkehrserziehung', 'Leibeserziehung', 'Sexualerziehung' u. ä. niederschlage. Er betonte die Bedeutung der unverbindlichen Übung "Schulspiel", die bereits in vielen Pflichtschulen angeboten würde. Hier können die Kinder spielerisch und ohne Leistungsdruck soziale Situationen durchleben und lernen, mit Aggression und Konflikten umzugehen.

Auch ist geplant, in der auf sechs Semester verlängerten Volksschullehrerausbildung mehr Freizeitpädagogik zu vermitteln.

(Forts.) emw/gg

NNNN

Enquete über außerschulische Erziehung (3)

=++++

27 Wien, 14.10. (RK-KOMMUNAL) Das Jugendamt der Stadt Wien versucht, die neuen Ziele der außerschulischen Erziehung auch im Hortbetrieb zu verwirklichen. Es wird ein aufgelockerter Hortbetrieb angestrebt, etwa durch Einführung von buffetartigen Essenssituationen, durch Freiräume für die zeitliche Selbstbestimmung zur Erledigung von Hausaufgaben und durch Angebote zur Lernhilfe. Außerdem sollen Kinder in den Horten zu verschiedenen Aktivitäten in Form von Hobby-Gruppen angeregt werden. Es könnten dazu unter Umständen auch "hortfremde" Kinder eingeladen werden. Auch werden Versuche gemacht, die Hortbetriebszeiten flexibel zu gestalten. Ziel dieser Neuerungen ist es, das passende Gleichgewicht zwischen kognitiver Förderung - zur Bewältigung der schulischen Anforderungen - und der Förderung auf dem Gebiet der Persönlichkeitsbildung, der sinnvollen Freizeitgestaltung und der Gemeinschaftserziehung zu finden.

Das Platzangebot in den Horten soll der Nachfrage entsprechend noch erweitert werden, wobei zu berücksichtigen ist, daß die neuen Zielvorstellungen auch gesteigerte Anforderungen an die baulichen und personellen Voraussetzungen stellen. Das Platzangebot in den städtischen Horten wurde in den letzten zehn Jahren um rund ein Drittel erhöht und beträgt derzeit 8.948 Plätze, wozu noch 8.061 Plätze in privaten Horten und 3.650 Plätze in Ganztagschulen kommen.

Das Jugendamt der Stadt Wien hofft, durch die Enquete neue Impulse für die Entwicklung einer zeitgemäßen außerschulischen Erziehung und Bildung zu geben. (Schluß) emw/gg

NNNN